

Nachfolgend (zur Info und als Anlage zu diesem Antrag) der Text der PM der DUH vom 12.12.:

Abrisswahn auf Kosten von Klima stoppen:

Deutsche Umwelthilfe und Architects4Future fordern sofortiges Abrissmoratorium und Förderung von Bauen im Bestand

- *DUH veröffentlicht absurdeste Beispiele von Gebäudeabrissen, die Unmengen an Ressourcen und bezahlbaren Wohnraum vernichten und das Klima belasten*
- *Knapp 14.090 Gebäude werden jährlich in Deutschland abgerissen, die Dunkelziffer liegt deutlich höher*
- *DUH und A4F fordern Bauministerien der Länder auf: Bestandssanierung und Umbau von Gebäuden müssen gegenüber Ersatz- bzw. Neubau priorisiert und Gebäudeabrisse zur Ausnahme werden*

Berlin, 12.12.2022: Jedes Jahr werden zehntausende Gebäude abgerissen und neu gebaut, statt sie zu sanieren. Das belastet Klima und Ressourcen enorm und vernichtet in vielen Fällen bezahlbaren Wohnraum. Angesichts der anhaltenden Abrisswut schlagen die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und Architects4Future (A4F) Alarm: Anhand einer Auswahl von Negativbeispielen drohender und vollzogener Abrisse zeigen sie auf, wie diese klimaschädliche Praxis begünstigt wird. Gemeinsam mit AF4 fordert der Umwelt- und Verbraucherschutzverband von den Bauministerinnen und -ministern der Länder, in der Musterbauordnung und den Landesbauordnungen eine verpflichtende Abrissgenehmigung zu verankern, damit Klimaauswirkungen künftig geprüft werden und Gebäude nur abgerissen werden dürfen, wenn Abriss und Neubau tatsächlich ökologischer sind als die Sanierung. Bis dahin fordern die Verbände ein Abrissmoratorium.

DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz: „Das bestehende Gebäude ist immer das klimafreundlichste. Durch den derzeit herrschenden Abrisswahn gehen nicht nur wertvolle Ressourcen verloren, auch das Klima wird enorm belastet und dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum beseitigt. Die Bundesregierung schaut dabei tatenlos zu und fördert diese absurde Praxis auch noch. Was wir brauchen, ist ein Paradigmenwechsel hin zum Bauen im Bestand. Sanieren, Umbauen, Umnutzen und Erweitern müssen das neue Normal werden, der Abriss die Ausnahme. Dafür müssen bürokratische und rechtliche Hürden für Umbau und Umnutzung dringend erleichtert und finanzielle Anreize geschaffen werden. Die Bauministerinnen und -minister der Länder müssen jetzt handeln und eine Abrissgenehmigungspflicht für Gebäude in der Musterbauordnung und den Landesbauordnungen verankern. Solange dies nicht geschehen ist, müssen die Abrissbagger stillstehen. Wir brauchen ein sofortiges Abrissmoratorium!“

Nach aktuellem Baurecht gibt es in kaum einem Bundesland gesetzliche Vorgaben oder Bedingungen für Abrisse. Eigentümerinnen und Eigentümer können nach eigenem Ermessen über Abriss oder Sanierung entscheiden, ohne dass es einer unabhängigen und transparenten Prüfung über Umwelt- und Klimaauswirkungen bedarf. Hinzu kommen falsche finanzielle Anreize für den Neubau statt für Sanierung, Umnutzung und Umbau sowie der in der Öffentlichkeit bestehende Irrglaube, dass etwa Abriss und Neubau ökologischer seien als die Sanierung bestehender Gebäude. Um diese Lücke zu schließen, hat die DUH ein Papier mit den wichtigsten Fakten zu den negativen Effekten von Abriss und Neubau auf Klima, Umwelt und Ressourcen veröffentlicht.

Michael Wicke, A4F-Koordinator Bauen im Bestand: „Deutschland ist fertig gebaut. Teuer erkaufte mit hohen Emissionen und immensem Einsatz von Energie und Ressourcen. Statt vorhandene Strukturen einzureißen und zu ersetzen, müssen wir mit unserem Bestand respektvoll und kreativ umgehen und ihn ökologisch, smart und wertschätzend weiterentwickeln. Bevor es zum Neubau kommt, gilt es alle Potentiale im Bestand zu nutzen: Umbau, Sanierung, Umnutzung, Leerstandsertüchtigung, Aufstockung und Teilausbau. Städte, Kommunen und allen voran der Bund müssen jetzt analysieren, welches Potential in ihrem Bestand steckt und dieses schnellstmöglich heben und effizient weiterschreiben. Dabei gilt es, die erworbenen Kenntnisse transparent als Open Source zu kommunizieren, damit alle am Bau Beteiligten mitmachen können. Um den Wandel zu beschleunigen, haben wir Vorschläge für eine Musterumbauordnung gemacht und den Ministerien der Länder sowie dem Bundesbauministerium vorgelegt. Ohne die Bauwende ist die notwendige Klima- und Ressourcenwende nicht zu schaffen.“

Hintergrund:

Allein im Jahr 2021 wurden laut Statistischem Bundesamt rund 14.090 Gebäude abgerissen – die Dunkelziffer liegt schätzungsweise deutlich höher. Pro Jahr produziert Deutschland pro Kopf rund 2,76 Tonnen Bauschutt, während der Verpackungsabfall bei 227,5 Kilogramm pro Person liegt. 10 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen Deutschlands entstehen alleine durch die Herstellung, Errichtung und Entsorgung von Gebäuden und Bauprodukten. Die DUH wirbt bereits seit längerem für eine Betrachtung des Gebäudes in allen Phasen des Lebenszyklus – Herstellung, Errichtung, Nutzung und Entsorgung – um alle CO₂-Einsparpotentiale des Bau- und Gebäudesektors für das Erreichen der Klimaziele auszuschöpfen.